

Das Quartier: Ort des Wohnens und des sozialen Lebens. (2004)

In: Maier, K./Meßmer, M. (Hg.) : Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere. Freiburg, S. 150 – 155.

Beitrag Peter Marquard, Leiter des Sozial- und Jugendamtes der Stadt Freiburg i.Br., zur Fachtagung „Soziale Stadt“ am 24.10.2003 in der EFH Freiburg (Stand 20.02.04)

Das Quartier: Ort des Wohnens und des sozialen Lebens

- Anknüpfungspunkte für Beiträge einer Sozialen Kommunalpolitik für eine positive Entwicklung der Stadtteile -

„Der Wohnort, das Wohnquartier, die Nachbarschaft, der Stadtteil, vielleicht sogar die dazugehörige Landschaft bilden zusammen mit den darin lebenden Menschen den Raum, der unser alltägliches Leben birgt. Diesen Raum bewohnen wir immer auch mit anderen gemeinsam. In der Gemeinsamkeit des Wohnens bilden sich die Grundlagen der Lebenswelt, entstehen Identitäten und ein Heimatgefühl.“¹ Im Zusammenhang mit einer grundsätzlich sozial-ökologischen Sichtweise ist ergänzend auf die Überlegungen von Bourdieu² zur **Konstruktion eines Sozialraums** hinzuweisen, wonach ein inter-subjektiv konstituierter sozialer Raum von einem sozial angeeigneten geografischen Raum unterschieden werden kann. Im letzteren lokalisierbaren Sozialraum sind Muster der Bewegung, Nutzung und Wahrnehmung identifizierbar, die im gesellschaftlichen Sozialraum unter Nutzung unterschiedlich verfügbarer Ressourcen (Kapitalarten) entwickelt und angeeignet werden. In einem solchen „sozialen Raum“ kämpfen unterschiedliche Akteure insbesondere um den „common sense“ und damit ihre Definitionsmacht über die Interpretation der sozialen Welt. Erst im Zusammenwirken „sowohl von den Interessen und Wertvorstellungen dominanter gesellschaftlicher Gruppen als auch von einer bestimmten räumlich gebundenen Verfasstheit der Bevölkerung und von den besonderen Wirkungen der Organisation des städtischen Raumes“³ entsteht als Kontexteffekt ein soziales Quartier im Raum – ein sozialräumliches Milieu.

*** Auftrag zur Gestaltung des öffentlichen Raums**

Die **bauliche, infrastrukturelle und sozio-kulturelle (Nicht-)Gestaltung des öffentlichen Raums** bestimmt die materielle und soziale Qualität und damit gleichzeitig auch Problemdichte eines Quartiers bzw. Stadtteils. Z.B. führt ein bestimmter **Wohnungsbestand** zu einer einseitigen Bewohnerstruktur. Eine klassische Arbeitersiedlung wird achtzig Jahre nach ihrer Errichtung nicht mehr den Wohnbedürfnissen einer Familie gerecht. Für die Wohnungen gibt es nur noch einen eingeschränkten Bewerberkreis. Dies führt dann zu einer Dominanz von Ein-Personen-Haushalten. Gleichzeitig sind soziale Belastungsfaktoren (Arbeitslosigkeit, Sozialhilfedichte, Suchtproblematik) zu beobachten. Ein Teil der Bevölkerung geht einer Beschäftigung nach, während ein anderer Teil ohne Arbeit und Perspektiven ist. Mit dieser zunehmenden Entmischung der Sozialstruktur sind verbleibende BewohnerInnen überfordert. So ist ein häufiger Umzugsgrund neben Wohnungsgröße und –standard heute oft das inzwischen schlechte Image eines Quartiers.

¹ Rausch, 1998: Gemeinschaftliche Bewältigung von Alltagsproblemen – Gemeinwesenarbeit in einer Hochhaussiedlung. Münster, S. 209.

² Vgl. Bourdieu, 1992: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg

³ Riege/Schubert, 2002: Sozialraumanalyse. Opladen, S. 23.

Solche Mängel erfordern eine Neuordnung:

- Um Wohnquartiere zu stabilisieren, ist eine bessere Auffächerung des Wohnangebotes (Wohnungsgröße, Standard und die Möglichkeit zur Eigentumsbildung) erforderlich. Dabei soll ein Kontingent an preiswerten Mietwohnungen erhalten bleiben. Gebäude, deren Modernisierung wirtschaftlich nicht zu vertreten ist, können durch Neubauten ersetzt werden. Dabei muss das ursprüngliche städtebauliche und architektonische Konzept unter Berücksichtigung z.B. eines denkmalgeschützten Gebäudebestandes ablesbar bleiben.
- Eine positive Quartiersentwicklung bedarf einer Unterstützung durch die sozialen Dienste und durch das bürgerschaftliche Engagement.
- Wege, Grünverbindungen und Freiflächen sind zu stärken und ggf. neu zu schaffen bzw. für verschiedene Nutzungen zu gestalten.
- Im Wechsel mit der gezielten Entwicklung von Gewerbegebieten ist eine Arrondierung des Wohnens als Eigentumsmaßnahmen möglich. In angrenzenden gewerblichen Teilgebieten ist u.a. die dauerhafte Ansiedlung von leistungsstarken Betrieben auf den Gewerbebrachen anzustreben. Dies wird sich dann auch auf das Wohnquartier innerhalb eines Sanierungsgebietes auswirken.

Sowohl für stadtplanerisch zu überarbeitende Gewerbegebiete als auch für die Wohnbereiche ist in aller Regel die **Gestaltungsqualität im öffentlichen Raum** aufzuwerten. Die Lage von Gewerbegebieten in Verbindung mit angrenzender Wohnbebauung sowie der Verknüpfung mit Haltepunkten des ÖPNV ermöglichen eine gute Mischung von Wohnen und Arbeiten.

* **Sozialraumorientierung als Handlungsprinzip**

Die Analyse der Aneignung von Räumen und der Ausbildung von sozialem Kapital muss auf diese Entwicklungen und Herausforderungen eingehen. Die territorialen, geographischen Bindungen der Akteure sind aufzunehmen, Handlungskonzepte müssen aber gleichzeitig die sozialen Interessen der Akteure als Bezugspunkt haben – und nicht eine Verwaltungs- oder Versorgungseinheit. Es ist zu prüfen, wie sich die **operativen Ansätze einer Sozialraumorientierung** ihrer manageriellen Inanspruchnahme im Sinne einer Minimierung der öffentlichen Opportunitätskosten und effizienten Steuerung von Mitteln zur Befriedung sozial benachteiligter Quartiere entziehen können, damit das Paradigma von Beteiligung und Teilhabe nicht zu einer „Selbstverwaltung der Not“ degeneriert.

Soziale Arbeit folgt dabei inhaltlich dem Ansatz der **Lebensweltorientierung**. Eine so konzipierte Arbeitsweise zielt auf Hilfe zur Selbsthilfe, auf Empowerment und auf Identitätsarbeit im besonderen Respekt vor den alltäglichen, eher unauffälligen Bewältigungsaufgaben. Sie agiert damit in den Ressourcen und Spannungen der sozialen Bezüge, in der Dimension der erfahrenen Zeit und der Dimension des Raumes: Menschen leben in einem je unterschiedlich erfahrenen Raum mit ihrer biografischen und sozialen Geschichte. Lebensweltorientierte Soziale Arbeit versucht, einschränkende Strukturen „eines verengten Lebensraums für neue Optionen zu öffnen, indem gegebene Ressourcen zugänglich gemacht und neue inszeniert werden. Sie arbeitet im Zeichen von Aneignung und Milieubildung.“⁴

⁴ Grunwald/Thiersch, 2001: Lebensweltorientierung. In: Otto/Thiersch (Hg.): Handbuch für Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied/Kriftel, S. 1142; „Zur Entwicklung des Konzepts Lebensweltorientierte Soziale Arbeit“, zu theoretischen Hintergründen und zu den „Dimensionen der Lebenswelt und der Lebensweltorientierten Sozialen Arbeit“ ebd.

Sozialraumorientierung als Handlungs- und Strukturprinzip Sozialer Arbeit⁵

muss Bezug nehmen auf stadtsoziologische und kulturgeographische Ansätze zu einem Raumbegriff. Dann sind die vielfältigen materiellen und sozialen Beziehungen der Individuen, die sich im Rahmen einer umfassenden auch technisch unterstützten Mobilität ihre je eigenen „Räume“ selbst suchen, zu respektieren und handlungsleitend aufzunehmen. Kritisch zu beachten bleibt die Differenz zwischen territorial (geographisch) bestimmten Sozialräumen mit solchen von den Akteuren selbst bestimmten „sozialen Grenzen“ angesichts realer **Netzwerke und Mobilitätsstrukturen**. Möglicherweise thematisieren Bestimmungen von (materiellen oder symbolischen) Grenzen eher Stigmatisierungen (Charakterisierung als „Russenviertel“ o. ä.) von Stadtvierteln. Orte sind als Regionen i. d. R. nicht eindeutig festgelegt, sie bieten unterschiedlichen Individuen unterschiedliche Optionen und vermitteln differenzierte Regeln zur Aufrechterhaltung sozialer Praktiken.

Der Sozialraum muss somit als komplexes Gebilde betrachtet werden. Menschen haben eine Adresse und – zumeist – eine Wohnung. Hier ist ein Ausgangs- und hauptsächlichlicher Bezugspunkt für ihre Lebensweise gegeben, sie realisieren – zunächst – hier ihren Lebensstil so wie sie gleichzeitig – mit ihren je individuellen Mitteln – Einfluss auf die Gestaltung des Quartiers nehmen: Sie eignen sich ihre materielle und soziale Umwelt an bzw. entwickeln alltagstaugliche Bewältigungsstrategien – sie konstruieren ihr „soziales Quartier“. Soziale Arbeit muss die Differenz zwischen sozialem, erlebtem Raum und physisch anzueignendem Raum

- organisatorisch (Dezentralisierung/Regionalisierung) und
- fachlich-professionell (Sozialraumorientierung/Dienstleistungsorientierung)

anerkennen und in ihre Handlungsstrategien integrieren. Dafür sind kleinräumige, **quartiersbezogene Sozialstrukturanalysen** erforderlich, die lebensweltbezogene Aspekte ebenso einbeziehen wie eine „Geographie des Sozialraumes“ und einrichtungsbezogene Informationen. Damit geht es nicht um eine den administrativen Routinen folgende neue Verwaltungsgliederung, sondern für die Begründung sozialräumlicher Arbeitseinheiten kann das folgende Methodenrepertoire grundsätzlich eingesetzt werden:

- Physische Raumabgrenzung und Raumdefinition
- Strukturanalysen nach Administrationsräumen
- Befragungen im Nutzungsraum
- Systematische Beobachtungen und Erhebungen im Nutzungsraum
- Erhebung von subjektiven Nutzungsaspekten des Sozialraums.

*** Quartiersmanagement und Aufgaben des öffentlichen Trägers**

In diesem Kontext kann **Quartiersmanagement** als Konzept eingesetzt werden, mit dem sozialräumliche Merkmale und Ressourcen ermittelt und Erkenntnisse direkt an die Betroffenen weitergegeben werden, damit diese Ziele und Aktionsformen entwickeln können. Damit wird der Prozesscharakter solcher Arbeitsweisen unterstrichen. Die bisher in **Freiburg entwickelte sozialraumorientierte Quartiersarbeit** ist eng verknüpft mit der Sanierung eines Stadtteils und der Strukturentwicklung von Neubaugebieten und der sich hier ergebenden Besonderheiten. Mit dem Instrument der Quartiersarbeit ist es gelungen, in diesen Bereichen positive Entwicklungen anzustoßen und nachhaltige soziale Projekte umzusetzen. In Weingarten konnte der Fluktuation in den Hochhäusern entgegengewirkt und eine soziale Stabilisierung im Stadtteil

⁵ Vgl. Marquard, 2003: Soziale Kommunalpolitik und personenbezogene soziale Dienstleistungsarbeit. Sozialraumorientierung und Demokratisierung als Strukturelemente einer Neuorganisation Sozialer Dienste in der Kommune. Bielefeld (unveröffentlichte Dissertation).

erreicht werden. Mit der Quartiersarbeit im Rieselfeld und Vauban wurden Grundlagen geschaffen, mit denen die bauliche und soziale Entwicklung parallel koordiniert, begleitet und vorangetrieben werden kann. Im Rahmen der Quartiersarbeit auf den Weg gebrachte Projekte und Initiativen stehen beispielhaft für die Einbindung bürgerschaftlichen Engagements in die Quartiersentwicklung. Ausdruck hierfür sind u. a. die vielen selbst tragenden sozialen Netzwerke, die vor Ort initiiert werden konnten.

In einem sozialräumlichen Arbeitsansatz soll das **Sozial- und Jugendamt in den jeweiligen Quartieren** künftig insbesondere folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Aktivierungshilfe geben für rat- und hilfesuchende BürgerInnen im Hinblick auf Netzwerkbildung. Das Fachamt soll allerdings nicht als Taktgeber im Quartier auftreten, sondern nur soweit die Arbeit der Vereine, Initiativen und nachbarschaftlichen Netzwerke unterstützen, wie es für die Bearbeitung sozialer Problemlagen notwendig ist.
- Wissen über den Sozialraum und die dortigen Akteure sowohl innerhalb als auch außerhalb des Sozial- und Jugendamtes wird eingesetzt, um zu besseren Einzelfalllösungen zu kommen.
- Tätigkeit als Ausfallbürge, wenn das Gemeinwesen nicht entsprechende Ideen und Initiativen entwickelt.
- Einmischung in gesamtstädtische Planungsprozesse; dabei sind insbesondere Aspekte der Stadtplanung und Besiedlungspolitik zu berücksichtigen.

* **Perspektiven und Optionen**

Je weniger nationale Netze funktionieren, desto mehr wächst der **soziale Problemdruck in den Kommunen**; es verschärft sich der Konflikt, wie die begrenzten Ressourcen genutzt werden sollen. Selbst wenn die quantitativen Effekte schon wegen der restriktiven fiskalischen Rahmenbedingungen begrenzt sind, haben kommunale Initiativen etwa in den Bereichen Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik gezeigt, dass neue und adressatinnengerechtere Formen der Problembewältigung sehr wohl möglich und praktikabel sind. Eine solche Strategie muss vorrangig darauf setzen, eine Konzentration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Stadtteilen zu verhindern, sie muss die Lebensbedingungen der Bewohner und Bewohnerinnen in „sozialen Brennpunkten“ verbessern und gleichwertige Lebensbedingungen im gesamten Stadtgebiet anstreben. **Quartiersmanagement (Management des Aufbaus oder der Sanierung von Wohnquartieren) und Quartiersarbeit (Aufbau und Unterstützung einer tragfähigen Alltagskultur)** sind wesentliche Strategien einer Sozialen Kommunalpolitik in diesem Sinne. Unter Rückgriff auf Erfahrungen der Gemeinwesenarbeit wird Quartiersarbeit heute zu einer professionellen Dienstleistung in „normalen“ Stadtteilen. Sie versteht sich dann als „intermediäre Instanz“, die vor allem soziales Kapital aktivieren und eine Kultur des Aushandelns von Arrangements fördern will: „Quartiersarbeit orientiert sich nicht primär an den sozial Schwachen oder Menschen in schwierigen Lebenslagen, sondern hat das Ziel, ein Gemeinwesen zu fördern, das auch sozial Schwache mittragen kann.“⁶

Schließlich führt eine solche Frage nach der strukturellen Unterstützung für eine ressourcenorientierte Ausrichtung Sozialer Dienste in der Kommune zu der **organisationalpolitischen Option einer Integration des Jugendamtes in ein kommunales „Amt für soziale Integration und Ressourcenoptimierung“** (Jugend- und Sozialamt, Gesundheits- und Wohnungsamt, Schulamt). Dazu gehörten ressortübergreifende „Raumhaushalte“ und natürlich eine Reform der Jugendhilfeausschüsse bzw. eine Stärkung des Instruments der Arbeitsgemeinschaften. Die klassische Organisa-

⁶ Maier, 2003: Quartiersarbeit als Chance sozialer Kommunalpolitik. In: NDV Heft 5, S. 224.

tionsstruktur eines Jugend- und Sozialamts ist in einer solchen Perspektive mit ihrer Ausrichtung an Aufgaben bzw. gesetzlichen Zuständigkeiten in Fachabteilungen ungeeignet. Eine Matrix-Organisation, die z. B. nach demografischen und problemspezifischen Zielgruppen wie nach räumlichen Einheiten und Projekten differenziert, ermöglicht eher eine ergebnisorientierte Integration der Fach- und Ressourcenverantwortung⁷.

⁷ Vgl. Klie/Maier/Meysen, 1999: Verwaltungswissenschaft. Freiburg, S. 76 ff.